

Migdal, Joel S.: State Building and the Non-Nation-State, in „Journal of International Affairs“ 58(Fall 2004)1, S. 17 ff.

Der in Washington, D.C., lehrende Professor für internationale Beziehungen untersucht die drei Unabhängigkeitswellen nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und fragt nach den daraus entstandenen Identitätsprobleme für das Gemeinwesen und die dort lebenden Bevölkerungen. Dabei hebt Migdal den „Mythos“ hervor, wonach der Nationalstaat nach weit verbreiteter Auffassung nach wie vor dadurch gekennzeichnet sei, dass seine Bewohner ihm ein äußerstes Maß an politischer Loyalität entgegenbringen müssen und im Gegenzug nationale Souveränität und Selbstbestimmung im Rahmen unantastbarer und anerkannter Grenzziehungen erwarten dürfen.

Das Problem bestehe nun darin, dass diese auf ethnischen und kulturellen Prämissen beruhenden Ordnungen im Zeitalter der Globalisierung nur schwerlich gewährleistet werden können – unter anderem durch den Einfluss der weltweit agierenden elektronischen Medien, durch unternehmerische Interaktionen, bei denen Fachpersonal hin und her versetzt wird, und durch Massenwanderungen aus unterentwickelten Ländern. Das gilt auch für den Nahen Osten. So leben etwa in Israel rund 200.000 Arbeitskräfte aus Asien und Südeuropa mit allen daraus entstehenden Ansprüchen und Problemen; in Saudi-Arabien sollen es drei Millionen sein. In einer solchen Ära „postnationaler Staatsbürgerschaft“ wird die Idee des Nationalstaats anachronistisch.

Für unseren Zusammenhang sind die Ausführungen Migdals zu Israel von besonderem Interesse; die arabischen Länder werden von ihm nur gestreift. In Israel wird nach seiner Auffassung das Prinzip der Loyalität durch das Ziel ergänzt, die Bevölkerung aufgrund der arabischen Bedrohung seit 1948 für den Krieg einsatzbereit zu

halten – nach den Worten von Uri Ben-Eliezer die Schaffung „einer Nation in Waffen“ (Uri Ben-Eliezer 1996). Erst nach dem Junikrieg 1967 seien Fragen thematisiert worden, die früher keine Rolle im öffentlichen Diskurs spielten, nun jedoch Zweifel an der „schlichten Beziehung zwischen Staat und Nation“ geweckt hätten: Woraus bestehe die israelische Nation, und was mache sie aus? Was bilde die Grundlage der Zugehörigkeit zu ihr? Seien alle Bürger vor dem Gesetz gleich? Sei Israel ein binationaler oder vielleicht sogar ein multinationaler Staat?

Der Autor stellt zunächst fest, dass durch den Sechstagekrieg die Staatsgrenzen unter Definitionsdruck geraten seien, nachdem sich im öffentlichen Bewusstsein die Waffenstillstandslinien von 1949 im öffentlichen Bewusstsein verfestigt hatten. Die antizionistische Ultraorthodoxie, die ehemals die Siedlerideologie der modernen jüdischen Nation ablehnte, habe einem Zionismus zum Sieg verholfen, der von Sozialwissenschaftlern als ultraorthodoxer Nationalismus („haredi-leumi“) bezeichnet worden sei; dieser habe den Marsch durch die Institutionen angetreten. Damit sei die ursprünglich aschkenasische Kernkultur einem neuen Selbstverständnis gewichen, das alle Teile der jüdischen Bevölkerung erfasse, einschließlich der orientalischen Juden und der Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Die alten Mauern der ethnischen und kulturellen Homogenität sowie sozialen Inklusivität seien eingestürzt.

Darüber hinaus sei im Staat selbst eine „gefährliche Minorität“ (Adriana Kemp 2004) in Gestalt des arabischen Bevölkerungsteils entstanden, der zunächst durch das politische System – mittels (so wäre hinzuzufügen) arabischer Wahllisten, die an die zionistischen Parteien angehängt wurden – einverleibt worden sei, doch von der Mehrheit der Gesellschaft als fremd abgewiesen wurde.

„Der Widerspruch zwischen Rechten der vollen zivilen Teilhabe auf der einen und als Objekt ständiger Beobachtung auf der anderen

Seite sprang ins Auge. Kurz und gut: Keine gesonderte israelische Nation bestand mehr. Die Beziehung zwischen dem Staat und seiner Bevölkerung differenzierte sich mit verschiedenen Kategorien der Staatsbürgerschaft für unterschiedliche Gruppen stark aus.“

Migdal sieht in dieser Entwicklung aber unter Verweis auf Libanon keine Gefährdung, weil dieser „Nußschalenstaat“ mit wenn auch förmlichen Grenzziehungen, aber einem unbestrittenen Platz in der arabischen Welt trotz zeitweiliger syrischer und israelischer Militärpräsenz und der PLO-Milizen alle Krisen der PLO überlebt habe.

Die Analogie mit Israel dürfte nicht unbestritten bleiben, wenn man der Logik Migdals selbst folgt, wonach der Staat der Juden trotz der kontinuierlichen Bedrohung durch die Nachbarn seine Existenz behauptet habe. Denn die israelische Invasion von 1982 bestritt im Gegensatz zur Präsenz Syriens, das die Zedernrepublik in ein Protektorat verwandelte, nicht das grundsätzliche Recht Libanons auf ein nationales Leben, sondern wollte dieses den eigenen sicherheitspolitischen Erfordernissen unterwerfen und eine Semi-Souveränität etablieren; schon Ben-Gurion liebäugelte mit solchen Ideen. Zur Entscheidung steht nach dem Abzug Israels und Syriens heute der innere Kampf um die „Seele des Libanon“ (Augustus Richard Norton 1987) mit inzwischen vierzig Prozent schiitischer Bevölkerung, die das überkommene System der proportionalen Verteilung der Macht auf den Kopf stellt. Mag sich das Parlament in Beirut dereinst von diesem Modell aus den frühen 1940er Jahren verabschieden, weil die arabische Kultur das gemeinschaftliche Band der ethnischen Identitäten trotz religiöser Vielfalt wach hält, so bietet sich dieser Ausweg für den israelisch-palästinensischen Konflikt nur für den Fall der Zweistaatenlösung entlang der einstigen Waffenstillstandslinien von Rhodos an, wobei immer noch das jüdisch-arabische Verhältnis in Israel ungeklärt bleibt. Zwar ist im arabischen Bevölkerungsteil, der mittlerweile rund zwanzig Prozent ausmacht, das individualistische Konzept des „Staates für alle seine

Bürger“ nicht obsolet, aber die Forderung nach kollektiven (politischen) Rechten ist auf dem Vormarsch (Rabinowitz/Abu Baker 2002). Israels politisch-jüdisches Schicksal entscheidet sich damit sowohl im eigenen Staat als auch gegenüber dem Nachbarvolk in Ost-Jerusalem, der Westbank und dem Gazastreifen, selbst nachdem letzterer im September 2005 geräumt worden ist.

Reiner Bernstein

.....